

Miteinander gehen: Förderung der deliberativen Demokratie durch Bürgerbeteiligung in demografisch sensiblen ländlichen Räumen

Herausforderungen an die programmatische Arbeit einer Stiftung

Madeleine Buchmann/Roland Löffler/Johanna Zielske

I. Einleitung

„In der Hierarchie von Bund, Land und Gemeinde steht, so sagt man gerne, die Gemeinde unten. In der Tat steht sie unten; aber so wie das Fundament unten steht, auf dem die Pfosten errichtet werden. Sie ist das Fundament des Staates. Und wenn dieses Fundament morsch wird, dann kann man oben versuchen, was man will – das Gebäude wird nicht halten. Die Gemeinde ist eben nicht nur eine Gebietskörperschaft, die ein bisschen kleiner ist als das Land oder gar der Bund – die Gemeinde hat eine besondere, humane Funktion. Sie ist der Ort, in dem wir das besorgen, was wir ‚Leben‘ nennen, wo wir all dem begegnen, was das persönliche Leben möglich macht und ausmacht. Die Gemeinde bahnt die Wege, auf denen wir aufeinander zugehen können. Sie lässt uns zunächst auf den Mitmenschen zugehen. Mitmenschlichkeit bezeichnet ein Verhalten, das in keinem eine so unmittelbare Bedeutung hat wie im Raum der Gemeinde. Wenn ich mir selber vereinfachend vorstellen will, was Demokratie eigentlich ist, so finde ich darin in erster Linie ein Ja zur Mitmenschlichkeit, zu einer Mitmenschlichkeit, die sich des eigenen Wertes bewusst ist und die deswegen auch dem anderen den Wert einräumt [...] und die jenseits aller Sentimentalität in brüderlichem Miteinandergehen möglich macht, dass alle miteinander, ohne in die Irre zu laufen, an ein Ziel kommen, das angestrebt werden muss,

wenn Mitmenschlichkeit möglich bleiben soll.“¹ So beschrieb der große Rechtsgelehrte und sozialdemokratische Politiker *Carlo Schmid* 1970 „Die Demokratie als Lebensform“. Die Gemeinde sei deshalb „der Ort des Miteinander-Gehens und nicht des In-Reih-und-Glied-Stehens.“²

Auch wenn *Schmid*s Ausführungen bereits 45 Jahre alt sind und in ihrem Duktus vielleicht nicht mehr ganz der Semantik unserer Tage entsprechen, sind seine Inhalte aktueller denn je: „Das Miteinandergehen“, die besondere Nähe des Menschen zur Gemeinde, die Potenziale der Mitmenschlichkeit – das alles spricht geradezu für eine Renaissance der Kommunen, der kommunalen Selbstverwaltung und eine Verstärkung der bürgerschaftlichen Mitverantwortung in Städten und Gemeinden. In diesem Kontext verortet sich auch die Herbert Quandt-Stiftung, die genau aus diesen Gründen vor fünf Jahren eines ihrer zwei Themenfelder von „Politik und Gesellschaft“ in „Bürger und Gesellschaft“ umbenannte. Sie hat dazu eine Reihe von Publikationen vorlegt, die oftmals aus Konferenzen, Workshops und Hintergrundgesprächen erwachsen.³ Zudem hat sie alleine und mit Partnern einige bürgerschaftliche Projekte und Programme im Sinne von „Entwicklungspartnerschaften“ initiiert:

1 Vgl. *Schmid*, Die Demokratie als Lebensform, Mannheimer Hefte 1/1970, S. 8 ff. (12).

2 *Schmid*, Die Demokratie (Fn. 1), S. 12.

3 Vgl. *Eichert/Löffler* (Hrsg.), Die Bürger und ihr öffentlicher Raum, Städte zwischen Krise und Innovation, 2016; *dies.* (Hrsg.), Landflucht 3.0, Welche Zukunft hat der ländliche Raum?, 2015; *dies.* (Hrsg.), Die Bürger und ihr Staat, ein Verhältnis am Wendepunkt?, 2013; *Berding*, Stadt – Land – Raum, Öffentliche Orte jenseits der Metropolen, 2015; *Horn*, Der Bürger im Netz, die digitale Welt als Herausforderung für die Zivilgesellschaft, 2013; *Will*, Haltung, Kooperationskompetenz in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im 21. Jahrhundert, 2012; *Lachmann*, Schafft Demokratie!, Politik aus der Gesellschaft für die Gesellschaft, 2012; *Eichert* (Hrsg.), Freiheit – Sicherheit – Gleichheit, Perspektiven für unsere Gesellschaft, 2012; *ders.* (Hrsg.), Autorität heute, neue Formen, andere Akteure?, 2011; *Petersen*, Autorität in Deutschland, Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, 2011; Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.), Vertrauen und das soziale Kapital unserer Gesellschaft, 2011; *dies.* (Hrsg.), Zwischen Erosion und Erneuerung, die gesellschaftliche Mitte in Deutschland, ein Lagebericht, 2007; *Bude/Fischer/Huhnholz*, Vertrauen – Die Bedeutung von Vertrauensformen für das soziale Kapital unserer Gesellschaft, 2010.

- den „Ideenwettbewerb für Bürgerstiftungen“⁴,
- das Programm „Bürger.Innen.Land. Für eine aktive Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern“⁵,
- das Programm „Land mit Zukunft. Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft in Hessen“⁶,
- „Engagierte Stadt. Netzwerkprogramm zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort“⁷,
- eine Konferenzreihe mit den fünf Nordischen Botschaften in Berlin zu den Themen demografischer Wandel und Zukunft ländlicher Räume in Deutschland und Nordeuropa.⁸

- 4 Zusammen mit der Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, vgl. dazu auch Herbert Quandt-Stiftung, Ideenwettbewerb für Bürgerstiftungen, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/ideenwettbewerb_fuer_buergerstiftungen/ (4.4.2016); Brücken bauen zwischen Menschen – mit dem Ideenwettbewerb für Bürgerstiftungen, in: Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.), Bürgerstiftungen in der Verantwortung, Analyse, Daten, Trends 2012/13, 2012, S. 61 f.; *Halling*, Mit guten Ideen Generationen verbinden, der Ideenwettbewerb 2012, in: ders. (Hrsg.), Bürgerstiftungen 2030: Strategien für die Zukunft, Analysen, Daten, Trends 2013/14, 2013, S. 39 ff. Eine Auswertung des Projekts durch *Prof. Dr. Roland Roth* (Hochschule Magdeburg-Stendal) ist in Vorbereitung.
- 5 Dieses Projekt ist in Teilen allein, in Teilen zusammen mit der Mecklenburger Anstiftung realisiert worden.
- 6 Dieses Projekt wurde zusammen mit der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ ausgeführt, vgl. hierzu Herbert Quandt-Stiftung, Land mit Zukunft, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/land_mit_zukunft/ (4.4.2016); *Schmidt*, Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft in Hessen, Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und Herbert Quandt-Stiftung starten neues Programm, BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 5/2015, im Internet abrufbar unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/03/nl05_gastbeitrag_schmidt.pdf (4.4.2016); *ohne Verfasser*, Geld für Gemeinden, gemeinsames Projekt von zwei Stiftungen, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine v. 5.1.2015, S. 6. Vgl. auch die Informationsbroschüre Land mit Zukunft der Herbert Quandt-Stiftung, im Internet abrufbar unter http://www.miteinander-in-hessen.de/fileadmin/media/downloads/flyer_land_mit_zukunft.pdf (4.4.2016).
- 7 Diese Initiative wurde zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung, der BMW-Stiftung Herbert Quandt, des Generali Zukunftsfonds, der Körber-Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend umgesetzt.
- 8 Vgl. Herbert Quandt-Stiftung, „Go Local!“, die Rolle der Kultur für die Regionalentwicklung in den Nordischen Ländern und Deutschland, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/pressemitteilungen/internationale_konferenz_go_lokal_berlin_ (4.4.2016); dies., Die Rush Hour des Lebens, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/galerien/Die_Rush_Hour_des_Lebens (4.4.2016); dies., Ländliche Gesundheitsversorgung neu denken, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/galerien/Laendliche_Gesundheitsversorgung_neu_denken_Bildergalerie (4.4.2016); *Lassiwé*, Wenn der Arzt durch den Computer kommt, Blick zu skandinavischen Nachbarn zeigt mögliche Wege, Schweriner Volkszeitung v. 21.10.2014, im Internet abrufbar unter http://www.svz.de/regionales/brandenburg/panorama_bb/wenn-der-arzt-durch-den-computer-kommt-id7992871.html (4.4.2016); *Löffler*, Flächendeckende Gesundheitsversorgung, Deutsch-Finnische Rundschau 12/2014, S. 22;

Die Herbert Quandt-Stiftung fördert kommunal, regional und auf Landesebene das bürgerschaftliche Engagement⁹, das Mitwissen, Mithandeln und Mitentscheiden umfasst, das vom klassischen Ehrenamt, über neue Engagementformen bis zur politischen Partizipation reicht. Sie tritt ein für mehr bürgerschaftliche Partizipation in Planungs- und Entscheidungsprozessen, widmet sich den Fragen des demografischen Wandels speziell in ländlichen Räumen und fragt danach, wie die Co-Produktion von Wohlfahrt¹⁰, aber auch die gemeinschaftliche Gestaltung des öffentlichen Raumes im Austausch zwischen öffentlicher Hand und Bürgergesellschaft gelingen kann. Im Sinne *Jürgen Habermas*, tritt die Herbert Quandt-Stiftung also für Formen deliberativer Demokratie ein.¹¹ In dem vorliegenden Aufsatz wollen die Autorinnen und Autoren – allesamt Mitarbeiter der Herbert Quandt-Stiftung – Einblick in ihre Arbeit geben, die die Partizipation besonders in vom demografischen Wandel betroffenen, ländlichen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und Hessen fördern will.

Schmitt-Sausen, Alternde Bevölkerung: Einmal mehr Vorbild Skandinavien, Deutsches Ärzteblatt v. 8.5.2015, S. 862; *Stöber*, Von glücklichen Dänen lernen?, Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft im demografischen Wandel, 2014; *dies./Buchmann*, Stark in der Nische, Finnische und schwedische Stiftungen engagieren sich stark im Wissenschafts- und Kultursektor, AGOS aktuell Nr.11, 6/2015, S. 4ff.; *Löffler/Klaudius*, Finnland. Cool – mal ganz anders: Finnische Stiftungen investieren strategisch am Finanzmarkt und sind Innovatoren für gesellschaftlichen Wandel, BBE Europa Newsletter 11/2014, S. 1 ff.

- 9 Siehe die mittlerweile allseits akzeptierte Definition der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages (Hrsg.), Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, 2002, S. 57, 86ff. Danach ist bürgerschaftliches Engagement freiwillig und gemeinwohlorientiert, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, umfasst Mitentscheiden und Mithandeln. Es findet im öffentlichen Raum statt, wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt, verfolgt einen Eigensinn und dient auch der Realisierung eigener Ideen, greift gesellschaftliche Anliegen auf und macht sich zu deren Anwalt – und beinhaltet somit auch ein Kritik- und Innovationspotenzial.
- 10 Vgl. z.B. *Klie*, Welfare Mix – Elf Thesen, BBE Newsletter 4/2014, im Internet abrufbar unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/03/NL04_Gastbeitrag_Klie.pdf (4.4.2016).
- 11 Vgl. dazu *Habermas*, Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie, in: Münkler (Hrsg.), Die Chancen der Freiheit, Grundprobleme der Demokratie, 1992, S. 11 ff.; *Ottmann*, Liberale, republikanische, deliberative Demokratie, *Synthesophica* 21 (2006), S. 315 ff.; *König*, In guter Gesellschaft?, Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann, 2012; *Jakobi*, Ansätze der Theorie deliberativer Demokratie, 2000, im Internet abrufbar unter <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/1927/1/DeliberativeDemokratie.pdf> (4.4.2016).

II. Bürgergesellschaft als partizipative Öffentlichkeit

Über Bürgergesellschaft respektive Zivilgesellschaft wird seit einer Reihe von Jahren viel geschrieben und gesprochen, ob im Non-Profit-Sektor, in der Stiftungsszene, in den Kirchen, in der Kommunalpolitik oder auch in Sonntagsreden vieler hochrangiger Staatsvertreter.¹² Dabei ist nicht immer klar, was genau mit diesem Begriff bzw. Begriffspaar gemeint ist. Zwar gibt es zur Terminologie bereits eine einschlägige wissenschaftliche Debatte; diese wird in der Praxis kaum eingehend rezipiert, hier aber kurz skizziert.¹³

Für *Christiane Metzner* ist „Zivilgesellschaft [...] ein offener, positiv konnotierter Begriff mit verschiedenen Schattierungen, für die es keine präzise Definition gibt.“¹⁴ *Frank Adloff* tut sich ebenfalls schwer mit der „Ambiguität“¹⁵ des Begriffs, in dem sich wissenschaftliche und politische Ideale verbinden würden. Gleichwohl bietet er auch in Aufnahme amerikanischer Traditionen eine Definition an: „Civil society“ bezeichne einen gesellschaftlichen Raum, „die Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte [...], die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger und Bürgerinnen beruhen.“¹⁶ Die Unabhängigkeit von Staat und wirtschaftlichen Profitinteressen ließe diesen Raum zu einer Sphäre werden, die nicht staatlich sei oder auf Marktmechanismen beruhe, sich von der Familie abgrenze. Zivilgesellschaft gehört zwingend zur Sphäre der Öffentlichkeit und nicht der des Privaten, denn: „Die Zivilgesellschaft ist auf die Einhaltung der Menschenrechte angewiesen, also auf einen staatlichen Schutz der Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit. In der Regel

12 Seit 2012 erscheint, herausgegeben von einer Reihe ausgewiesener Experten, im Auftrag des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement ein Jahrbuch Engagementpolitik im Wochenschau-Verlag.

13 Kursorisch seien erwähnt *Klein*, Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, 2001; *Adloff*, Zivilgesellschaft, Theorie und politische Praxis, 2005; *ders.*, Philanthropisches Handeln, Eine historische Soziologie des Stiftens in Deutschland und den USA, 2010; *Vogt*, Das Kapital der Bürger, Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements, 2010; v. *Strachwitz*, Achtung vor dem Bürger: Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft, 2014; *Buchstein*, Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenzen, Politische Bildung 33 (2000), S. 8ff.; *ders.*, Die Zumutungen der Demokratie, Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, in: v. *Beyme/Offe* (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, 1995, S. 295 ff.

14 *Metzner*, Freiwilligenmanagement als Instrument zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Nonprofit-Organisationen, 2014, S. 81, im Internet abrufbar unter <https://publishup.uni-potsdam.de/frontdoor/index/index/docId/6983> (10.3.2016).

15 *Adloff*, Zivilgesellschaft (Fn. 13), S. 8.

16 *Ebenda*.

zählen bestimmte zivile Verhaltensstandards wie Toleranz, Verständigung, Gewaltfreiheit, aber auch Gemeinsinn zur Zivilgesellschaft. Schließlich beinhaltet das Zivilgesellschaftskonzept auch ein utopisches Moment: „Das selbstregierte demokratische Zusammenleben.“¹⁷ Zivilgesellschaft besitzt also eine organisatorisch-institutionelle, eine soziale und eine normative, ja, utopische Dimension. Sie lebt also von einem sehr breiten Politikbegriff, zielt eher auf die Gesellschaft und setzt sich von dezidiert staatlichem oder auch wirtschaftlichem Handeln ab.

Da Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft in der politischen, aber auch in der wissenschaftlichen Debatte fast synonym verwendet werden, ist eine trennscharfe definatorische Unterscheidung nicht einfach. Gleichwohl: Der Begriff der Bürgergesellschaft zielt gerade im deutschen und europäischen Kontext stärker auf den Citizen als Individuum ab als der stärker gesellschaftlich konnotierte angelsächsische Terminus *civil society*. Zudem ist die begriffliche Nähe von Bürgergesellschaft zur bürgerlichen Gesellschaft und ihren Werten – zumindest unter historischen Vorzeichen – evident.¹⁸ Der seit rund zwei Jahrzehnten in der deutschen Debatte populäre Begriff der Bürgergesellschaft umfasst nach *Heinz Kleger* sowohl aktivistische, zivilgesellschaftliche Handlungszusammenhänge als auch politisch-normative und vergemeinschaftliche Aspekte: Hier die Dynamiken der sozialen Bewegungen, die aus der Bürgergesellschaft erwachsen bzw. in ihr eine Heimat finden, dort die Bürgergesellschaft in ihrer Facette als wirtschaftsliberale Marktgesellschaft, schließlich als gesellschaftliche Entität, der liberale oder auch konservative Werte inhärent sind. Sie kann also zum integrierenden Faktor von Gesellschaft werden und diese partizipativ weiterentwickeln – sei es in Richtung von mehr direkter Demokratie oder im Sinne der deliberativen Theorie zu mehr Sprach-, Debattenfähigkeit sowie Beratungskompetenz im Vorfeld politischer Entscheidungen.¹⁹ In diesem Sinne greift auch die Herbert Quandt-Stiftung den Begriff der Bürgergesellschaft auf, verortet sich als Akteurin in ihr und definiert Bürgergesellschaft als partizipative Öffentlichkeit.

17 *Adloff*, Zivilgesellschaft (Fn. 13), S. 8.

18 Vgl. dazu z. B. *Lundgreen* (Hrsg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums, Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997), 2000; *Budde/Conze/Rauh* (Hrsg.), Bürgertum nach dem bürgerlichen Zeitalter, Leitbilder und Praxis seit 1945, 2010; *Hacke*, Philosophie der Bürgerlichkeit, Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, 2006; *Lässig*, Jüdische Wege ins Bürgertum, kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, 2004.

19 Vgl. *Kleger*, Rückkehr der Bürgergesellschaft?, Überlegungen zur Politischen Philosophie, in: Gerhardt (Hrsg.), Politisches Denken, Jahrbuch 1993, S.157ff.

Wir als Stiftung gehen von der mündigen Bürgerin und vom mündigen Bürger aus, also vom Citoyen, der die Gesellschaft mitgestalten will. Wir verstehen Bürgergesellschaft als den selbstorganisierten Raum zwischen Wirtschaft, Staat und Privatsphäre, als einen freiwilligen Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern zu bestimmten Zwecken und Zielen, die auf gemeinwohlorientiertes Handeln in vielfältigen Organisationsformen und Handlungsstrukturen zielen. In dieser normativen Handlungsorientierung verbinden sich durchaus individuelle Interessen mit gemeinschaftlichem Nutzen. Verantwortlich gestaltet sich partizipative Öffentlichkeit, wenn das Interesse am Gemeinsamen die Einzelinteressen transzendiert. Im Sinne dieser Verantwortungsübernahme strebt die Bürgergesellschaft auch eine Vertiefung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation an. Diese ist ein – wenn nicht das – Grundelement eines deliberativen Demokratieverständnisses. Im Sinne bürgerschaftlicher Mitverantwortung will die Bürgergesellschaft lösungsorientiert an Problemen und Herausforderungen ihrer jeweiligen sozialen und systemischen Umwelt mitarbeiten.²⁰ Das kann zu Bürgerbeteiligung im Vorfeld von politischen Planungs- und Veränderungsentscheidungen führen. Es kann aber auch bedeuten, auf dem großen Feld der freien Entfaltungsmöglichkeiten und sozialen Verantwortungsübernahme, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ermöglicht, aktiv zu werden. Mitbestimmung und Mitverantwortung wiederum setzen Freiwilligkeit voraus, denn jegliche politische, gesellschaftliche, bürgerschaftliche, soziale, wirtschaftliche oder religiöse Vereinigung geschieht als freie Verbindung von freien Bürgerinnen und Bürgern, um mit wechselseitiger Unterstützung ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Eine auf Partizipation ausgerichtete Bürgergesellschaft agiert und interagiert in der Öffentlichkeit bzw. im öffentlichen Raum und ist im Sinne von Verantwortungsübernahme und Gemeinwohlorientierung dezidiert auf die Öffentlichkeit ausgerichtet. Unter Öffentlichkeit verstehen wir in der *res publica* die Summe aller Teile unserer Gesellschaft, die jenseits der Privatsphäre liegen und die öffentliche Hand umfassen, aber nicht in ihr aufgehen. Für *Jürgen Habermas* geht es beim Nachdenken über Öffentlichkeit um die Explikation der

20 Vgl. dazu z.B. *Hassemer/Richter*, Demokratie am Scheideweg, Ein Plädoyer für bürgerschaftliche Mitverantwortung und eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung, in: Eichert/Löffler (Hrsg.), Die Bürger und ihr öffentlicher Raum, Städte zwischen Krise und Innovation, 2016, S. 198 ff.

Bedingungen der Möglichkeiten einer rational gestalteten gesellschaftlichen Organisation.²¹

Gerade mit der Verbindung der Begriffe Öffentlichkeit-Partizipation-Verantwortungsübernahme zeigt sich, dass die Definition von Bürgergesellschaft als partizipativer Öffentlichkeit demokratietheoretisch auf einen sehr umfassenden Politikbegriff abzielt: Es geht um den intelligent, kreativ, basisnah, lösungsorientiert und freiheitlich zu nutzenden großen Spielraum jenseits der verfassten öffentlichen Hand sowie des Sozial- und Wirtschaftssystems, aber auch um den intensiven Austausch der Bürger mit Verwaltung, Parlamenten und Parteien über Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Wenn beispielsweise die Bürgergesellschaft (oder eine Bürgerinitiative als exemplarischer Ausdruck der Bürgergesellschaft) in einer Kommune erkennt, dass es einen Bedarf an einem Treffpunkt für ältere Menschen oder für den Bau eines Hospizes oder die Denkmalpflege eines historischen Stadtkerns, die Einrichtung eines Bürgerbusses geht und die Bürger in Eigenregie eine neue Institution schaffen oder einen Veränderungsprozess aufsetzen, dann ist damit genau das gemeint, was wir unter Bürgergesellschaft als partizipative Öffentlichkeit verstehen. Nach einigen Jahren gibt es dann ein Hospiz oder einen Bürgerbus. Beide Angebote sind aus der Bürgergesellschaft erwachsen, zeigen den partizipativen Gestaltungswillen, verändern die kommunale Öffentlichkeit. Konkret geschieht dies durch den Bau oder Umbau einer Immobilie oder durch ein neues, mobiles Angebot. Beide sind für die Öffentlichkeit gedacht und öffentlich zugänglich –und verändern sogar physisch den öffentlichen Raum. Dazu braucht es zunächst (sieht man von Bau- und Betriebsgenehmigungen der Verwaltung ab) keine politische Entscheidung. Und doch ändert bürgerschaftliche Partizipation das Gemeinwesen eines Ortes und sorgt für die Lösung eines Problems.

III. Empirische Befunde

Aufbauend auf diesen theoretischen Überlegungen ist die Herbert Quandt-Stiftung mit wissenschaftlichen Partnern der Frage nachgegangen, wie sich die Einstellung der deutschen Bürgerinnen und Bürger zur Bürgerbeteiligung und zum bürgerschaftlichen Engagement heute gestaltet. So legte 2012 das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Stiftung die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zum

21 Vgl. *Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990.

Thema „Freiheit und bürgerschaftliches Engagement“ vor.²² Für die Studie wurden vom 2. bis 16. Februar 2012 1761 Personen im Alter ab 16 Jahren befragt.²³ In der von *Thomas Petersen* erstellten Studie zeigte sich, dass die jüngere Generation in Deutschland den Wert der Freiheit dem der Gleichheit deutlich vorzieht. Einem Wandel des gesellschaftlichen Klimas in diese Richtung steht das wachsende Sicherheitsbedürfnis angesichts immer mehr älterer Menschen entgegen. Vieles deutet aber daraufhin, dass sich im Konkurrenzkampf der Freiheitswert langfristig gegen Sicherheit und Gleichheit stärker behaupten könnte. Die gegenwärtige Verteilung der Sympathien für bestimmte Wertevorstellungen hindern die Deutschen aber nicht, sich sehr deutlich mit ihrem demokratischen Gemeinwesen zu identifizieren und sich für dieses zu engagieren. Der Glaube an den eigenen Einfluss ist seit 1992 sogar deutlich gewachsen. Das Allensbach-Institut stellt seit 1988 in fortlaufenden Umfragen immer wieder die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hätten, Einfluss auf die Entwicklungen vor Ort nehmen zu können oder ob sie machtlos seien. Von 1988 bis 2010 antwortete stets eine klare Mehrheit der Befragten, sie sei machtlos und ohne Einfluss.²⁴ 2012 sagte erstmals eine zwar knappe relative Mehrheit von 39 %, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort etwas bewegen könnten, während sich 33 % weiter für machtlos hielten. Das „langsam wachsende Vertrauen der Bürger in die eigene Gestaltungskraft ist dabei gleichermaßen in West- wie in Ostdeutschland zu beobachten“, so *Petersen*.²⁵ Sondersituationen wie die großen Proteste und Debatten um Stuttgart 21 mögen einen Prozess beschleunigt haben, der jedoch grundsätzlich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Interesse an und ein Vertrauen in eine deliberative Demokratie bestärkt. Deshalb spricht *Petersen* davon, dass sich in Deutschland eine „politische Kultur der Teilnahme“ entwickelt habe.²⁶

22 Vgl. *Petersen*, Freiheit und bürgerschaftliches Engagement, Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung, 2012.

23 Vgl. *ebenda*, S. 13.

24 Vgl. *ebenda*, Freiheit (Fn. 22), S. 43.

25 *Ebenda*, Freiheit (Fn. 22), S. 43.

26 *Petersen*, Freiheit (Fn. 22), S. 42. Auch das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap in Kooperation mit der Herbert Quandt-Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin führte im Februar 2012 zu einem ähnlichen Ergebnis: Die Mehrheit der Befragten will mehr Mitsprache bei Energie-, Steuer- und Verkehrspolitik, fühlt sich aber über Beteiligungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben zu wenig (55%) oder gar nicht (7%) informiert. Der Wunsch nach stärkerer Beteiligung erstreckte sich v.a. auf die Energie- (für 48% sehr wichtig), Steuer- und Verkehrspolitik (beide 39%) sowie auf allgemein wichtige Gesetze (43%). Der Umfrage zufolge erhoffen sich die Bürgerinnen und Bürger durch die stärkere Mitsprache bessere und gerechtere Entscheidungen. Den Vorwurf,

Damit hätten sich auch die Chancen verbessert, Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.²⁷ Allerdings stagniert der Anteil der ehrenamtlich Engagierten an der Gesamtbevölkerung nach einem steilen Anstieg von unter 10 % in den 1950er Jahren seit den 1980er Jahren auf einem Niveau von rund 28 %. Das sagen zumindest die Allensbach-Untersuchungen über rund sechs Jahrzehnte.²⁸ Die Freiwilligensurvey der Bundesregierung konstatieren von 1999 bis 2009 auch nur einen Anstieg von 34 % auf 36 % der Bevölkerung, schätzen das Engagement der Deutschen aber etwas höher ein.²⁹

Seit über dreißig Jahren stagniere der Anteil engagierter Bürger auf einem Plateau, das weitere Steigerungen nicht einfach erscheinen lasse, so *Petersen*. Seine sozio-demografischen Erkenntnisse fallen ähnlich aus wie in vergleichbaren Studien: So sind Menschen mit höherer Schulbildung und konfessionell Gebundene aktiver als Bürger mit geringerer Bildung, geringerem Einkommen und ohne Kirchenbindung.³⁰

Bürgerschaftliches Engagement ist demnach v. a. ein Phänomen des freiheitlich eingestellten, gebildeten Bürgertums. Zudem verändert es sich im Lebenszyklus. So seien die 45- bis 59-jährigen die am stärksten aktive Gruppe der Engagierten.³¹ In einer zunehmend älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung dürften die älteren Altersgruppen

mehr Bürgerbeteiligung behindere den Fortschritt, lassen sie dabei nicht gelten. Allerdings sehen die Befragten bei sich selbst in spezifischen Politikbereichen Know-How-Defizite. Entsprechend groß ist das Vertrauen gegenüber Wissenschaftlern und Experten der jeweiligen Fachgebiete (58 %). Auffallend war im Blick auf die öffentliche Debatte nach „Stuttgart 21“ die mehrheitliche Orientierung am Gemeinwohl. So gaben 54 % der Befragten an, bei großen Bauvorhaben habe das Interesse der Allgemeinheit Vorrang vor den Interessen betroffener Anwohner. Auch diese Umfrage legt nahe, dass mit Hilfe von bürgerschaftlicher Mitverantwortung ein neues Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und Entscheiderinnen und Entscheidern im Prozess der Entscheidungsvorbereitung vonnöten ist. Das setzte allerdings auch voraus, dass Politik und Verwaltung ein höheres und ernsthaftes Maß an Offenheit aufbringen und Bürgerbeteiligung nicht nur als entscheidungstaktisches Feigenblatt betrachten, vgl. dazu Herbert Quandt-Stiftung, Bürger wollen mehr Mitsprache bei Energie-, Steuer- und Verkehrspolitik, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/pressemeldungen/pressemeldung_buergerschaftliche_mitverantwortung (10.3.2016).

27 *Petersen*, Freiheit (Fn. 22), S. 47 ff.

28 *Ebenda*, S. 53 ff.

29 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, 2010, S. 8; *Gensicke*, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, APuZ 12/2006, S. 9 ff.

30 Vgl. *Petersen*, Freiheit (Fn. 22), S. 53 ff.

31 *Ebenda*, S. 55.

für das bürgerschaftliche Engagement an Bedeutung gewinnen – in der Stadt ebenso wie auf dem Lande. Die jüngeren Bevölkerungsgruppen wollen sich dagegen weniger stark binden oder engagieren sich projektartiger und kurzfristiger. Korreliert man Freiheitsbewusstsein und bürgerschaftliches Engagement, ergeben sich nach *Petersen* folgende Schlüsse: Das gesellschaftliche Klima beeinflusst sehr wesentlich den Willen zum Engagement – und das wiederum lässt sich in Beziehung setzen zum Wert der Freiheit: „Menschen, die der Ansicht sind, jeder sei seines Glückes Schmied, die also eine Grundhaltung einnehmen, die die Voraussetzung für eine Befürwortung eines freiheitlichen Gesellschaftsprinzips ist, sind eher bereit, sich bürgerschaftlich zu engagieren als andere Befragte.“³² Für *Petersen* ist damit ersichtlich, dass „in einer freien Gesellschaft, in der der Staat wenig ins Leben der Bürger eingreift und wenig Verhaltensmaßregeln festlegt, anders als angenommen, moralische Normen, soziale Kontrolle und damit auch das bürgerschaftliche Verantwortungsgefühl nicht verfallen, sondern im Gegenteil stärken. Damit lässt sich das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wahrscheinlich am ehesten dadurch stärken, dass man dem Wert der Freiheit zu größtmöglicher gesellschaftlicher Anerkennung verhilft.“³³

Der Glaube an den eigenen Einfluss wächst

Frage: Wie ist Ihr Eindruck: Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos

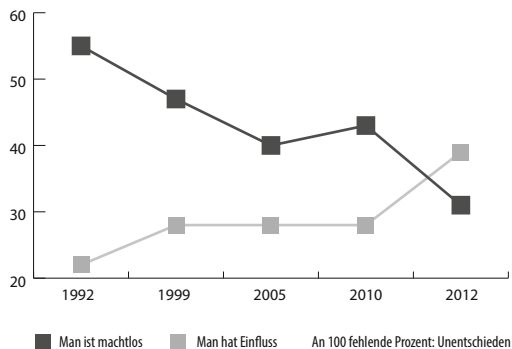


Abb. 1

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086 (Februar 2012)

³² *Petersen*, Freiheit (Fn. 22), S. 103.

³³ *Ebenda*.

Für die Herbert Quandt-Stiftung ergab sich daraus die Folgerung, in ihren Projekten engagierte Bürgerinnen und Bürger zu suchen und „Entwicklungspartnerschaften“ aufzubauen. Die Stiftung fördert solche Bürgerinnen und Bürger finanziell und ideell (durch gemeinsame Projektentwicklung, Coaching und durch die Zuhilfenahme externer Expertise), die sich veritabler Themen ihrer Umwelt annehmen, Entscheidungsträger und Öffentlichkeit für die Anliegen der Bürgergesellschaft sensibilisieren und sie vom Potenzial bürgerschaftlichen Engagements für das Gemeinwesen überzeugen. Daraus ergibt sich eine Struktur für Projekte und Programme, die wir das „Sandwich-Modell“ nennen: Die Verbindung von basisnahen, mit den Bürgerinnen und Bürgern dialogisch und partnerschaftlich entwickelten Projekten mit wissenschaftlichen Studien bzw. theoretischer Expertise „von außen“ und schließlich mit politischer Kommunikation durch Gesprächskreise, Konferenzen, Kommissionen, individuelle Ansprache öffentlicher Stakeholder sowie eine intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Folgenden, wird am Beispiel zweier Projekte das Vorgehen der Stiftung illustriert.

IV. Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum: Engagement-Dialoge in Mecklenburg-Vorpommern

Die Herbert Quandt-Stiftung legte im Jahr 2012 das Programm „Bürger.Innen.Land – Für eine aktive Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ auf, um an ausgewählten Orten engagierte Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.³⁴ Die Herausforderungen, vor denen Mecklenburg-Vorpommern aktuell steht, hängen sehr stark mit der jüngeren Geschichte des Bundeslandes zusammen. Mit dem Ende der DDR im Jahr 1989 begann eine Entwicklung, die sich bis heute auf alle Gesellschaftsbereiche auswirkt. Zunächst wurden nach der Wende ca. 25 % der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos, was

34 Vgl. Herbert Quandt-Stiftung, Bürger.Innen.Land MV, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/buergerinnenlandmv_programm/ (10.3.2016); Gillwald/Löffler, Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl in Mecklenburg-Vorpommern, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 17/2014 v. 29.8.2014, S. 1 ff.; Eichert/Buchmann, Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft – Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern, BBE Newsletter 16/2014; vgl. auch zusammenfassend Kalden, Ländliche Räume befördern das Wir-Gefühl, Beobachtungen aus Mecklenburg-Vorpommern, in: Hendricks/Schnetter/Schulte (Hrsg.), Praxishandbuch Medien auf dem Land, Analysen, Impulse und Handlungskonzepte, 2015, S. 129 ff.

zu einem Einbruch von Einkommen und Kaufkraft führte.³⁵ Besonders nachteilig auf die Wirtschaft wirkten sich die Überführungen der Volkseigenen Betriebe und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus.³⁶

Die beschriebene Entwicklung hatte eine starke Abwanderung insbesondere der jungen Bevölkerung sowie einen Geburtenrückgang zur Folge. Zwar ist Mecklenburg-Vorpommern Empfänger des Länderfinanzausgleichs, die Höhe der Zahlungen richtet sich aber u. a. nach der Bevölkerungszahl. Aktuell zählt das Bundesland ca. 70 Einwohner pro Quadratkilometer und liegt damit auf dem letzten Platz im Bundesvergleich. Die größte Bevölkerungsgruppe ist mit 11,9% die der über 75-jährigen. Wenngleich im Jahr 2014 bereits das zweite Mal in Folge ein Wanderungsgewinn verzeichnet werden konnte, können diese Zuzüge die Wanderungsverluste der 16 Vorjahre bei Weitem nicht ausgleichen. Als Reaktion auf die schwindende Bevölkerung reformierte das Land die Kreise. Seit 2011 gibt es nur noch zwei kreisfreie Städte und sechs Landkreise mit enormer geographischer Ausweitung – allein der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat inzwischen eine Größe von 5.470 qm.³⁷ Das führt bei vielen ehrenamtlich Engagierten zu Klagen über weite Anfahrten und erhöhten Aufwand für Treffen in zentralen Institutionen wie z. B. Kreistagen.

Der ländliche Raum in den neuen Bundesländern, gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern, ist stark durch Abwanderung betroffen. In vielen Fällen bevorzugen junge Menschen die Großstädte, da sie Ausbildungsplätze und Arbeit bieten. Über 90% der Gemeinden in den neuen Bundesländern haben in den letzten Jahren an Bevölkerung verloren, v. a. in ländlichen Regionen.³⁸ Durch die Abwanderung bleiben Gewerbesteuern aus, gehen Kaufkraft und damit Umsatzsteuern verloren. Gleichzeitig bedeuten weniger Einwohner in einer Kommune nicht, dass die Kosten sinken, die im Grundgesetz verankerte zu gewährleistende „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ führt eher zu einem Anstieg.³⁹ In vielen Fällen setzen die Kommunen deshalb auf

35 Vgl. *Koschkar/Nestler/Scheele* (Hrsg.), *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*, 2014, S. 13.

36 Vgl. *ebenda*.

37 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2015*, 2015, S. 358.

38 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.), *Im Osten auf Wanderschaft, Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und dem Erzgebirge verändern*, 2016, S. 6.

39 Vgl. *ebenda*, *Anleitung zum Wenigersein, Vorschlag für eine Demografiestrategie*, 2013, S. 28.

die Bürgerinnen und Bürger, um Lücken in der Versorgung zivilegesellschaftlich gestalten zu können.

Doch nicht nur aus diesem Grund ist die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Mecklenburg-Vorpommern ein Teil der Arbeit der Herbert Quandt-Stiftung. Im Blick auf die nördlichen Bundesländer ist weiterhin eine zunehmende Stärke rechter Parteien und Gruppierungen zu bemerken, die bürgerschaftliches Engagementpotenzial auf negative Art und Weise binden. Das Programm der Herbert Quandt-Stiftung stellte ein Werkzeug dar, punktuell dieser Gefährdung des sozialen Zusammenhalts entgegenzuwirken.

Begleitend zum Programm „BürgerInnen.Land MV“ gab die Herbert Quandt-Stiftung bei infratest dimap eine qualitative Studie mit dem Titel „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl. Begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern“ in Auftrag.⁴⁰ Darin zeigt der Sozialwissenschaftler *Uwe Meergans*, dass die bereits dargestellte Entwicklung des Landes seit der Wende, die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit, ein geringeres Selbstwertgefühl bei Menschen in prekären Lebensverhältnissen und ein geringeres Vertrauen ins demokratische System als in Westdeutschland, Faktoren darstellen, die das Engagement hemmen. Begünstigend erscheinen ihm: eine Intensivierung der staatsbürgerlichen Bildung bei Kindern und Jugendlichen⁴¹, das Einüben von deliberativen Demokratieverfahren wie eine offene und lösungsorientierte Streitkultur, die Vermittlung von Selbstermächtigungserfahrungen und Toleranz. Dies müsse verbunden werden mit der sozialen Integration

40 Vgl. *Meergans*, Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl, begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, 2013; *ders.*, Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl, begünstigende und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, in: Alex/Schlegel (Hrsg.), *Mitdendrin!*, Kirche in peripheren ländlichen Regionen, 2014, S. 68ff.; *Pergande*, Zwischen WIR-Gefühl und Staatsgläubigkeit – bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10.9.2013, S. 10; *Kleine Wördemann*, Jugendlichen im Nordosten fehlt das „Wir-Gefühl“, *Ostsee-Zeitung* v. 29.8.2013, S. 2; *Frost*, Anerkennung für Ehrenamtliche, Studie: Städte und Gemeinde unterstützen engagierte Bürger zu wenig, *Nachwuchs in Ehrenämtern* fehlt, *Schweriner Volkszeitung* v. 29.8.2013, S. 4.

41 Von 10.896 Absolventen haben im Jahr 2014 34% die allgemeine Hochschulreife erlangt, 4% die Fachhochschulreife, 41% die mittlere Reife, 12% die Berufsreife, 4,5% einen Förderabschluss und 4,5% der Schüler/innen haben die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen (vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern [Hrsg.], *Statistisches Jahrbuch* [Fn. 37], S. 82). Im Jahr 2009 lag Mecklenburg-Vorpommern auf dem letzten Platz im Bundesvergleich der Schulabgänger/innen, jeder siebte männliche Schulabgänger verließ in diesem Jahr die Schule ohne Abschluss (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.], *Die demografische Lage der Nation, Was freiwilliges Engagement für die Region leistet*, 2011, S. 17).

in die Arbeitswelt, mit der finanziellen Unterstützung des Ehrenamts, dem Ausbau von engagementfördernder Infrastruktur und einer Vertiefung der Anerkennungskultur und damit auch der Werbung für Engagement.

1. Das Programm „Bürger.Innen.Land“

Die Säulen des Programms sind Praxisprojekte in vom demografischen Wandel besonders betroffenen Orten wie Anklam, Demmin, Greifswald, Lalandorf sowie Wismar. Sie werden ergänzt durch wissenschaftliche Untersuchungen. Zu diesen zählen:

- die genannte infratest-Studie zum bürgerschaftlichen Engagement,
- eine Untersuchung des gesamten Landeshaushalts Mecklenburg-Vorpommern zu engagementfördernden Mitteln aus der Feder des Vorstands der Herbert Quandt-Stiftung *Dr. Christof Eichert*⁴²,
- ein politischer Essay des Stiftungs- und Kulturberaters *Dr. Wolf Schmidt* zur Bedeutung von Kulturpolitik für die Landesentwicklung im nordöstlichsten deutschen Bundesland⁴³.

Diese Bausteine wurden flankiert durch eine gesellschaftspolitische Diskussionsreihe mit dem Titel „Schweriner Gedanken zur Zukunft“, weitere Konferenzen sowie eine interdisziplinäre Denkwerkstatt zu Grundsatzfragen von Engagementpolitik und Bürgergesellschaft. Als ein Aspekt des Programms sollen an dieser Stelle die Denkwerkstatt

42 Vgl. *Eichert*, Haushalts-Titel, Haushalts-Mittel, aber keine politische Steuerung, Analyse eines Landeshaushalts zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, npoR 4/2014, S. 316 ff.

43 Vgl. *Schmidt*, Die Kunst des Bleibens, Wie Mecklenburg-Vorpommern mit Kultur gewinnt, 2012. Dazu: *Engelbrecht*, Mit Kultur zum Garten der Metropolen. Podiumsdiskussion zum Thema „Kunst des Bleibens – Kulturpolitik im ländlichen Raum“ in Greifswald. Vielfältige Angebote können ganze Regionen beleben und attraktiver machen, Ostsee-Zeitung v. 8.11.2012; *Hollatz*, Anstiften zur Kunst des Bleibens im nördlichen Bundesland. Am Montag wird zu einer Kulturdebatte im Filmbüro eingeladen. Es geht um Thesen wie, „MV ist ein Land der Zuwanderer“, Ostsee-Zeitung v. 9./10.3.2013, S. 13; *Pergande*, Wenn nur noch die Künstler kommen – wie Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern bürgerschaftlichen Einsatz unterstützen, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.1.2013, S. 10; *Tautz*, Eine Gemeinde will mehr als weiß und braun. Weil Kommunen immer weniger Geld zu verteilen haben, schrumpft der Spielraum, etwas zu gestalten. Helfen können Förderer wie die Herbert Quandt-Stiftung. Sie engagiert sich für fünf Jahre im Nordosten der Republik, Schweriner Volkszeitung v. 20.11.2012, S. 3. Vgl. auch *Lachmann*, Das Ehrenamt muss Chefsache werden! Die Tagung zur Arbeit von Freiwilligen in Greifswald kommt zu dem Ergebnis: „Wir wollen kein Geld, wir wollen mehr Anerkennung“, Ostsee-Zeitung v. 19.9.2014, S. 2.

„Bürger.Innen.Land MV“ und insbesondere die in diesem Rahmen und in Kooperation mit der Mecklenburger AnStiftung veranstalteten Engagement-Dialoge als Form der bürgerschaftlichen Partizipation im Sinne des Erprobens und Stärkens einer deliberativen Demokratiekultur betrachtet werden.

2. Denkwerkstatt

Von 2012 bis 2014 befasste sich die Denkwerkstatt „Bürger.Innen.Land MV“ in acht Sitzungen mit dem Thema Bürgerengagement und Partizipation in Mecklenburg-Vorpommern. In der Denkwerkstatt versammelten sich 15 hochkarätige Vertreter aus den unterschiedlichsten Segmenten der Gesellschaft: Kirche, Sport, Parteien, Staat, Wirtschaft, Universitäten, Umwelt etc.⁴⁴ Aus dem gemeinsamen Nachdenken entstand ein landespolitisch ausgerichtetes Papier mit dem Titel: „Wir in MV. Ein Engagement-Impuls der Denkwerkstatt Bürger.Innen.Land MV“.⁴⁵

In ihrem Impuls-Papier behandelte die Denkwerkstatt die Themen Qualifikation, Vernetzung, Kommunikation, politisch-administrative Erleichterungen, Balance zwischen Zivilgesellschaft und Staat – sie alle sind für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern von zentraler Bedeutung. Die Denkwerkstatt schlug vor, das Fortbildungsangebot auszubauen und Engagierte und Engagement-Willige besser zu vernetzen, z. B. über ein neu zu schaffendes Online-Portal. Zugleich müssten Politik und Verwaltung „Freiwilligen-Engagement als Teil einer größeren gesellschaftspolitischen Vision mit einer neu zu findenden Balance zwischen Bürgergesellschaft und Staat behandeln“⁴⁶. Angesichts der starken Rolle, die der staatlichen Seite in Mecklenburg-Vorpommern zukomme, sei es wünschenswert, dass Engagement-Förderung auf allen Ebenen von der Landesregierung bis zu den Rathäusern Chefsache werde. Deshalb schien der Aufbau einer Landesstiftung zur Förderung des Engagements sehr bedeutsam zu sein. Im Detail ging es um folgende positive Faktoren zur Stärkung der Bürgergesellschaft:

44 Die Liste der Mitglieder der Denkwerkstatt ist im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/buergerinnenlandmv_denkwerkstatt/ (4.4.2016).

45 Vgl. *Eichert/Schmidt*, Engagement-Dialog „Wir in MV“, ein Impuls der Denkwerkstatt Bürger.Innen.Land MV, 2014, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/gesellschaftundpolitik/buergerinnenlandmv/impulspapier_denkwerkstatt_buerger_innen_land_mv_web.pdf (4.4.2016).

46 *Eichert/Schmidt*, Engagement-Dialog (Fn. 45), S. 10.

a. Qualifikation

Der Begriff Qualifikation umfasst hier u. a. die vermehrte Aufnahme von Projekten zum Service Learning. Außerdem könnten eine Verstärkung von Freiwilligen-Programmen in Unternehmen oder einfachere Freistellungsmöglichkeiten für Engagierte einen positiven Einfluss auf die Zahl der Engagierten in Mecklenburg-Vorpommern haben. Die Qualifizierung von Personen zur Übernahme von Vorstandsfunktionen oder Geschäftsführungen in NGOs und Vereinen, möglicherweise mit einem Zusatznutzen im Beruf, sei ein weiterer wichtiger Aspekt der Engagementförderung.

b. Vernetzung

Die Vernetzung bestehender Qualifizierungsangebote verschiedener Träger auf einem MV-Online-Portal ist ein weiteres Ziel. Würde die Vielfalt des freiwilligen Einsatzes stärker und in der Breite deutlich, könnten sich mit Hilfe eines professionellen Managements die Engagierten thematisch, räumlich und sektorenübergreifend besser vernetzen.

c. Kommunikation

Kommunikation meint hier eine Kampagne über die Medien, die Bereitstellung von Informationen und Angeboten innerhalb des Engagement-Portals, aber auch Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Die Idee ist, potenziell engagementbereite Menschen zu werben und bereits Engagierten eine angemessene Anerkennung zukommen zu lassen.

d. Politisch-administrative Erleichterungen

Politisch-administrative Erleichterungen wurden nicht nur in der Denkwerkstatt gefordert, auch in der Studie „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“ wurde wiederholt auf die Wichtigkeit dieses Aspektes hingewiesen. Politik und Behörden sollten bürgerschaftlichem Engagement auf allen Ebenen offen, respektvoll und wertschätzend begegnen. Von herausragender Bedeutung sei allerdings die Einführung praxistauglicher Vorgaben für die Beantragung und Abrechnung öffentlicher Fördermittel sowie die Bereitschaft, sachliche Ressourcen und Infrastruktur anzubieten.

e. *Balance zwischen Zivilgesellschaft und Staat*

Die Balance zwischen Zivilgesellschaft und Staat könne nur gehalten werden, wenn Engagement politisch gewollt ist, entsprechende Anerkennung erfährt und nicht als Ersatz für schwindende öffentliche Leistungen missbraucht wird.

3. Engagement-Dialoge

Nachdem die Denkwerkstatt ihre Thesen veröffentlicht hatte, wollte sie diese mit engagierten Bürgern, Experten und Kommunalpolitikern diskutieren. So sollte der Engagement-Impuls einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Also wurden in vier Orten in ganz Mecklenburg-Vorpommern Dialogabende im Sommer 2014 veranstaltet, um ins Gespräch zu kommen. Nach den ersten beiden Debatten, die eher im Stil von Podiumsdiskussionen stattfanden, wechselte die Art der Veranstaltung hin zu einer Diskussionsrunde mit Punktabfrage, um allen Teilnehmenden die Möglichkeit zu bieten, ihre Stimme abzugeben. Mitunter erwies sich der direkte Austausch zu den Bürgern unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten als keineswegs einfach, neigten doch manche Bürgerinnen und Bürger eher dazu, sehr stark narrativ über ihre Erfahrungen zu berichten als politische Überlegungen zur Stärkung der Engagementpolitik in Mecklenburg-Vorpommern anzustellen. Deshalb wurde eine Form der Meinungsabfrage gewählt, die in kleineren Diskussionskreisen geschah und zu mehr Konzentration führte. Nach einer Diskussionsrunde mit Podiumsgästen wurden alle Teilnehmer aufgefordert, an sechs thematischen Metaplantafeln Punkte zu verteilen. Dazu wurden im Vorfeld die beschriebenen fünf Themen aus dem Impuls-Papier auf die Tafeln übertragen, um dann von den Anwesenden bewertet zu werden. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, grüne Punkte für die Aspekte zu verteilen, die sie befürworteten, rote Punkte für die Gesichtspunkte, die sie anders beurteilen würden, oder Fragezeichen für eventuellen Klärungsbedarf. Fehlende Aspekte sollten auf Karten ergänzt werden.

Die Auftaktveranstaltung in Greifswald war die am besten besuchte Veranstaltung, was vermutlich mit der Teilnahme des mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidenten *Erwin Sellering* (SPD) zusammenhing.⁴⁷ Es folgte eine Veranstaltung in Demmin, die Dialog-abende

47 Vgl. Herbert Quandt-Stiftung, Eine musste sich kümmern, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/pressemitteilungen/Engagement_Dialog_Greifswald

in Schwerin und Rostock liefen dann nach dem oben beschriebenen Schema mit Diskussion und Punkteabfrage mit anschließender Auswertung ab. Interessant war bei der Auswertung dieser Methode nicht nur, welche Aspekte die meisten grünen Punkte erhielten, sondern auch, wo rote Punkte geklebt wurden. Allerdings ist bei den roten Punkten ein gewisser Interpretationsspielraum zu geben. Manchmal zeigte sich auch, dass die Menschen wenig an Veränderungen glauben oder es nicht für möglich halten, diese selbst zu bewirken.

Es kann festgehalten werden, dass die Veranstaltungen dazu beitragen konnten, die für die Engagierten vor Ort wichtigsten Aspekte herauszuarbeiten und weniger dringende Punkte zu identifizieren. Die Ergebnisse konnten in Form eines Fotoprotokolls festgehalten werden. Im Nachhinein geäußerte Erklärungen zu roten Punkten oder Fragezeichen wurden vom Moderator aufgenommen und im Protokoll vermerkt. Die Auswertung der Ergebnisse ist wesentlich einfacher und eindeutiger als bei einer reinen Diskussionsveranstaltung, da die Anzahl der Punkte verglichen und interpretiert werden kann. Die Auswertung der Fotoprotokolle erfolgte durch eine Betrachtung der verteilten Punkte und der zusätzlich von den Diskussionsteilnehmern formulierten Karten. Daraufhin wurden die Protokolle der Veranstaltungen in Greifswald und Demmin dahingehend untersucht, ob dieselben Punkte genannt wurden und welche zusätzlichen, wichtigen Aspekte diskutiert wurden. Auch Gesichtspunkte, die im Engagement-Dialog nicht auftauchten, wurden in der Auswertung berücksichtigt. So ergab sich eine Gliederung aus besonders wichtigen, wichtigen, weniger wichtigen und nicht tiefergehend diskutierten Aspekten des Engagement-Impulses:

a. Besonders wichtig

Das Thema Service-Learning erhielt in allen Diskussionen eine intensive und positive Würdigung. Engagement bereits in der Schule einzuüben scheint für viele Engagierte ein wichtiger Schritt zur Nachwuchsgewinnung zu sein. Außerdem wünschen sich die Beteiligten mehr Hilfe bei praktischen Problemen wie Raumsuche, die Bereitstellung von Fahrzeugen oder Postverteiltern. Engagement solle als freiwillig und selbstbestimmt und nicht als Ersatz für ausbleibende staatliche Leistungen betrachtet werden. Zudem sollte Freiwilligen ihr Engagement nicht durch politisch-administrative Vorgaben erschwert werden, viele

Engagierte fordern gelockerte Vorgaben in diesem Bereich. Der Vorschlag, die Wirtschaft für die Förderung von Engagement zu gewinnen, erfuhr viel Zuspruch unter den engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

b. Wichtig

Einige Teilnehmer sprachen sich dafür aus, Engagierte und potenziell Engagierte nach Themen, Interessen und Regionen zusammenzubringen. Des Weiteren sei es wichtig, eine wertschätzende Haltung von Politik und Behörden zu stärken; darin inbegriffen ist auch die Forderung, Bürgerengagement auf allen politischen Ebenen zur Chefsache zu machen.

c. Weniger wichtig

Eine landesweite Kampagne zur Stärkung des Engagements über Print- und Funkmedien empfanden nur wenige der Teilnehmer als wichtig. Zusätzlich zu einer solchen Kampagne seien der Denkwerkstatt zufolge mobilisierende Bürgergespräche vor Ort wichtig; doch auch dieser Vorschlag erhielt nur verhaltene Zustimmung. Auch die Unterstützung Erwerbsloser bei Engagement scheint den Befragten weniger wichtig zu sein.

d. Nicht diskutiert/nur vereinzelt angesprochen

Die Kategorie nicht diskutiert/nur vereinzelt angesprochen ist von besonderem Interesse, da sie Aspekte enthält, die von den Experten als besonders wichtig angesehen wurden, von den Teilnehmenden der Dialogabende allerdings nicht:

- Engagement-Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt würdigen,
- Engagement besser kommunizieren,
- Einsatz von Hauptamtlichen vermehren,
- Nachhaltigkeit von Projekten fördern,
- Risikobereitschaft bei der Förderung von Projekten zulassen,
- Transparenz politisch fördern,
- Mobilität,
- Förderung kleiner Initiativen,
- Strukturen für Engagement schaffen.

Aus den Erfahrungen der bisherigen Recherche und vergangener Veranstaltungen scheint es erstaunlich, dass die Förderung kleiner Initiativen, Mobilität und die Schaffung von Strukturen zur Engagement-Förderung nicht diskutiert wurden. Es könnte an fehlender Zeit oder daran gelegen haben, dass diese Aspekte nicht im Engagement-Impuls auftauchen und dementsprechend auch nicht auf den Tafeln erschienen.

Zwei Punkte – das Engagement-Online-Portal und die Gründung einer Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement – wurden durchaus kontrovers diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger sehen die Errichtung einer Stiftung positiv. Das Engagement-Portal könne, was die Vermittlung und Qualifizierung von Engagierten angeht, seinen Zweck erfüllen, aber für Werbung und Beratung von Ehrenamtlichen. Zur Vernetzung könne aber eher das Engagement-Portal dienlich sein als die Stiftung.

Freiwilligenprogramme in Unternehmen zu stärken und möglicherweise gar Bildungsurlaub dafür zu nehmen wurde erwartungsgemäß von den wenigen Vertretern der Wirtschaft nicht als positiv aufgenommen. Allerdings handelte es sich dabei um Mittelständler, die ihre Mitarbeiter aus zeitlichen Gründen oftmals nicht freistellen können, da ihnen andernfalls benötigte Arbeitskräfte fehlen.

4. Zusammenfassung

Als Ertrag dieser Dialogabende und der Denkwerkstatt „Bürger.Innen.Land MV“, der Projekte der Herbert Quandt-Stiftung, der Kooperation und der Initiativen der Mecklenburger AnStiftung kann festgehalten werden, dass das Thema Engagementförderung und Engagementpolitik sehr breit in der Bevölkerung und in der Landespolitik verankert werden konnte. Hilfreich war dabei, dass der Landtag in Schwerin für die Legislatur 2011 bis 2016 eine Enquete-Kommission „Älter werden in MV“ einsetzte, die sich unter seniorenpolitischen und demografischen Vorzeichen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements interessierte. Das Engagement der beiden Stiftungen kam also zum richtigen Moment und füllte eine bis dato nicht bearbeitete gesellschaftspolitische Nische. Dank ihrer engen Zusammenarbeit, der Veröffentlichung des Engagement-Impulses der Denkwerkstatt, der vielfältigen Dialogabende, der Öffentlichkeitsarbeit, weiterer Veranstaltungen und Beratungsleistungen konnten die Herbert Quandt-Stiftung und die Mecklenburger AnStiftung mit Hilfe eines intensiven Bürgerbeteiligungsprozesses einen Beitrag zur Gründung der „Stiftung

für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern⁴⁸ leisten. Damit ist das Thema Engagementförderung landespolitisch abgesichert. Die neue Stiftung soll v.a. kleine Initiativen und einzelne Engagierte unterstützen, die auf keine gewachsenen Strukturen zurückgreifen können. Die Stiftung hat ihre Arbeit im September 2015 aufgenommen.⁴⁹

V. Bürgergesellschaft und demografischer Wandel in Hessen

Die Arbeit der Herbert Quandt-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern zog bald Kreise über das Bundesland hinaus. Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und die hessische Staatskanzlei, die es sich ebenfalls zur Aufgabe gemacht haben, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, schlugen der in Hessen beheimateten Herbert Quandt-Stiftung deshalb eine Kooperation vor. Die Herbert Quandt-Stiftung stimmte gerne zu; konnten auf diese Weise doch wichtige Erkenntnisse aus der Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nach Hessen übertragen werden. Der Projekttransfer⁵⁰ manifestiert sich im neuen Programm der beiden Stiftungen: „Land mit Zukunft – Bürgergesellschaft und demografischer Wandel in Hessen.“⁵¹

Die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger spielt dabei eine zentralere Rolle als noch in Mecklenburg-Vorpommern. Der Kern dieses Stiftungsprojekts in Hessen ist es, innovative, lokale Modelle aus und mit der Bürgergesellschaft zu entwickeln, die zeigen, dass in Zeiten des demografischen Wandels nur Vielfalt und nicht Gleichheit nachhaltige Optionen für die Zukunft schafft. Wie in Mecklenburg-Vorpommern setzen die Stiftungen auch in Hessen auf das „Sandwich-Modell“: Neben konkreter Projektarbeit vor Ort werden auch hier durch Studien und Konferenzen Theorie und Praxis miteinander verzahnt. Als eine konkrete Frucht aus den Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern ist der Aufbau von Qualifizierungsangeboten für Ehrenamtliche zu sehen,

48 Vgl. Mecklenburger AnStiftung, Abschluss der Denkwerkstatt BürgerInnen.Land, MV: Weichen stellen für mehr Engagement!, im Internet abrufbar unter <http://www.anstiftung-mv.de/abschluss-der-denkwerkstatt-buerger-innen-land-mv%E2%80%A8-weichen-stellen-fuer-mehr-engagement/> (10.3.2016).

49 Genauere Informationen zur Arbeit der Landesstiftung im Internet abrufbar unter <http://www.ehrenamtsstiftung-mv.de/> (4.4.2016).

50 Mehr zu den Methoden des Projekttransfers z.B. bei *Meuter*, Nachmachen erwünscht, Methoden erfolgreichen Projekttransfers, Bundesverband Deutscher Stiftungen, 2009.

51 Vgl. Herbert Quandt-Stiftung, Land mit Zukunft, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/land_mit_zukunft/ (10.3.2016).

die in einem nächsten Programmschritt angegangen werden sollen. Diesem Punkt wurde, wie oben erwähnt, im Norden viel Bedeutung für gelingendes Engagement bescheinigt.

Unter demografischen Gesichtspunkten kann man in Hessen gewissermaßen von einer Zweiteilung des Bundeslandes in Nord und Süd sprechen.⁵² Während man in den südhessischen Ballungsräumen mit hoher Wirtschaftskraft auch zukünftig mit steigenden Einwohnerzahlen rechnet, sind die Bevölkerungszahlen in den ländlichen Regionen rückläufig.⁵³ Dies betrifft v. a. den Norden und Osten des Landes. Während der deutschen Teilung profitierten hier zahlreiche Gemeinden von der Zonenrandförderung; durch die vielen Bundeswehrstandorte kam Kaufkraft in die Innenstädte. Im Laufe der 1990er Jahre veränderten sich diese positiven Voraussetzungen: Fördergelder flossen vermehrt in die neuen Bundesländer, Kasernen wurden geschlossen. Auch in Nord- und Osthessen ist der allgemeine Trend der Abwanderung aus dem ländlichen Raum wahrnehmbar. Im ländlich geprägten Teil Hessens sind der demografische Wandel und die „Landflucht“ daher Themen von großer Bedeutung. Nicht nur die Kommunen und Landkreise, sondern auch die Bürgergesellschaft ist gefordert, sich mit den Veränderungen, die mit der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung einhergehen, auseinanderzusetzen.

Inhaltlich lässt sich ein zentraler Konsens in den Debatten und Forschungen der letzten Jahre benennen: Nicht der demografische Wandel ist zu gestalten – wie gerne formuliert – weil dieser ein Megatrend ist und von einer Fülle von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, aber auch höchst persönlichen Faktoren abhängt. Diese Punkte können weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit mit leichter Hand politisch umgekehrt werden. Vielmehr gilt es, die Gesellschaft in Zeiten des demografischen Wandels zu gestalten und sie als Ganzes und in ihren Teilen auf die Veränderungen und Herausforderungen im demografischen Wandel vorzubereiten. Für die Bundes- wie die Landespolitik stellt sich die grundsätzliche Frage, wie das grundgesetzliche Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse zukünftig zu verstehen ist. Nach allem, was heute aus Forschung, aus Modellprojekten und der politischen Praxis bekannt ist, gibt es für den ländlichen Raum in

52 Vgl. Hessen Agentur GmbH (Hrsg.), Bevölkerungsvorausschätzung für Hessen und seine Regionen als Grundlage der Landesentwicklungsplanung, wichtige Ergebnisse im Überblick, 2015, im Internet abrufbar unter http://www.hessen-agentur.de/mm/mm001/Bevoelkerungsvorausschaetzung_mit_Anhang_1.pdf (10.3.2016).

53 Vgl. hierzu Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.), Die Zukunft der Dörfer – zwischen Stabilität und demografischem Niedergang, 2011.

Zeiten des demografischen Wandels keine abstrakten und verallgemeinerbaren Ansätze, sondern nur individuelle Lösungen. Es ist also in jedem Falle essenziell, das Lokale in den Vordergrund zu stellen. Die Bevölkerung muss eine aktive Rolle in der positiven Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes einnehmen und lokale Konzepte anstoßen und (mit-)entwickeln.⁵⁴ Stets geht es dabei auch um das „Wir-Gefühl“, um die Identität und Zukunft eines jeden Ortes. Kollektive Erfahrungen der Regionen müssen ernst genommen und für einen Transformationsprozess nutzbar gemacht werden.

1. Das Programm „Land mit Zukunft“

Das Programm „Land mit Zukunft“ hilft durch seine partizipative und dialogorientierte Ausrichtung deshalb dabei, in und mit schrumpfenden Kleinstädten eine neue Selbst-Bestimmung ihrer Zukunft zu entwickeln, neue Wege auszuprobieren und Chancen zu entdecken. Konkret arbeiten die Stiftungen in sechs hessischen Kommunen mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen: in Bad Karlshafen, Homberg (Efze), Tann (Rhön), Schlitz, Sontra und Waldeck.⁵⁵

In jeder der Projektkommunen fanden zunächst Bürgerversammlungen statt, zu denen über lokale Medien, Aushänge und direkte Einladungen alle Einwohner eingeladen wurden. In diesen Dialog-Abenden wurden mit der Gallery-Walk-Methode Themen gesammelt, die die Menschen in den Kommunen bewegen: Was macht unseren Ort attraktiv? Welche Probleme begegnen uns im Alltag? Wie ist es um den Zusammenhalt bestellt? Welche Faktoren begünstigen bürgerschaftliches Engagement, wodurch wird es womöglich ausgebremst? Die Ergebnisse dieser ersten Themensammlungen wurden dann in kleinere Arbeitsgruppen mitgenommen. Bürgerinnen und Bürger konnten sich für die Weiterarbeit in diesen Gruppen melden, in jedem Ort kamen so Gruppen von 20 bis 30 Personen zusammen. Ziel dieses kommunalen Vorgehens ist die Entwicklung einer konkreten Projektidee für die eigene Stadt. Für die Umsetzung dieser gemeinschaftlich entwickelten Idee stellen beide Stiftungen ein Budget von insgesamt 60.000 Euro je Kommune zur Verfügung, verteilt auf drei Jahre. Sie sollen im

54 Vgl. *Trumann*, Gesellschaft gemeinsam gestalten, aber wie?, Handlungsmöglichkeiten aus der Subjektperspektive, Magazin Erwachsenenbildung 19/2013, S. 05–2 ff.

55 Während der Entstehung dieses Textes dauert die Arbeit der Bürgergruppen in allen sechs Kommunen an. An dieser Stelle soll daher eine erste Zwischenbilanz zu den Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung bei der Projektentwicklung im ländlichen Raum gezogen werden.

Wege des Matching-Fund-Prinzips durch lokale Fördermittel, Spenden, Sponsoring etc. ergänzt werden. Auf diese Weise leisten die Bürgerinnen und Bürger einen eigenen Beitrag zur Entwicklung ihres Ortes und übernehmen Verantwortung für die Zukunft ihrer Kommune.

2. Die Methode des Runden Tisches

Um ein gemeinschaftliches Projekt zu entwickeln, hat sich die Methode des Runden Tisches im Sinne der Breuninger-Stiftung bewährt.⁵⁶ Sie beruht v. a. auf dem Streben nach Konsens und der Gleichwertigkeit aller Teilnehmer. Diese unterscheiden sich zum Teil erheblich in ihrem Alter, ihrer beruflichen Stellung oder auch in ihrer Rolle in der lokalen Politik – in jeder Gruppe ist mindestens ein Stadtverordneter vertreten. Durch die Methode des Runden Tisches sowie eine neutrale Moderation „von außen“ sind in den Orten konstruktive Arbeitsgruppen entstanden, in denen man sich mit Respekt begegnet und in denen die Kraft der Argumente im Vordergrund steht. Für die Moderation bleibt es dabei von entscheidender Bedeutung, über die Entwicklungen in den Kommunen informiert zu sein und die (politischen) Hintergründe der Teilnehmer zu kennen. Die klassische Problematik bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern lässt sich auch in diesem Fall beobachten: Am Runden Tisch sitzen zumeist diejenigen, die sich ohnehin in der lokalen Politik einbringen oder die bereits in Vereinen und Initiativen aktiv sind. Die Beteiligung gerade von Jugendlichen, sozial schwächeren Gruppen oder Migrantinnen und Migranten bleibt eine Herausforderung.⁵⁷ Dies mag durch die anfangs noch recht abstrakt wirkende Fragestellung zusätzlich verstärkt worden sein: „Wie lässt sich die Lebensqualität in unserer Stadt trotz zukünftiger Herausforderungen erhalten oder verbessern?“ Die Fragestellung wurde bewusst in

56 Vgl. das Verständnis der Breuninger Stiftung, Runde Tische, im Internet abrufbar unter <http://www.breuninger-stiftung.de/projekte/projektansichten/runde-tische.html> (4.4.2016); Bundeszentrale für politische Bildung, Runder Tisch, im Internet abrufbar unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18160/runder-tisch> (10.3.2016).

57 Vgl. dazu *Munsch*, Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ausgrenzung, in: Lallinger/Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung sozialer Arbeit, engagiert und professionell*, Hohenheimer Protokolle Bd. 64 (2007), S. 121 ff.; *dies.*, Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 3/2011, S. 48 ff.; *Batarilo-Henschen/Mildenberger/Tominski*, Qualifizierung und Anreizsysteme für bürgerschaftliches Engagement, Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen, 2011, im Internet abrufbar unter https://www.csi.uniheidelberg.de/downloads/CSI_Projektbericht_110317.pdf (10.3.2016).

dieser Form gewählt, um offen in den Projektentwicklungsprozess einzugehen und keine Themen vorzugeben. Stattdessen wollten beide Stiftungen sich ganz auf die Themen konzentrieren, die die Bürger vor Ort zur Sprache bringen. In dieser Offenheit mag aber auch eine Ursache für die mangelnde Beteiligung der oben genannten Gruppen liegen: Das für jede Form der Bürgerbeteiligung entscheidende Element der Betroffenheit erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Der demografische Wandel ist, wie oben bereits ausgeführt, ein komplexes Phänomen mit unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen. Die Motivation zur Beteiligung steigt jedoch exponentiell mit dem Grad der Betroffenheit – diese wird aus der abstrakt und offen formulierten Fragestellung nicht unbedingt gewahrt. Zwar ergaben sich aus den Bürgerversammlungen schnell konkrete Problemfelder. Doch die Einladung zur Versammlung wurde v. a. von denen wahrgenommen, die schon vorab auf konkrete Themen abstrahierten und sich vermutlich schon mit den Problemlagen auseinandergesetzt hatten. Es hat sich daher als sehr nützlich herausgestellt, vor und nach den Bürgerversammlungen Kontakt mit Personen aufzunehmen, die eine gewisse Anwaltsfunktion für schwach repräsentierte Bevölkerungsgruppen übernehmen können. Dazu gehören etwa die städtischen Jugendvertreter, Quartiersmanager oder auch Pfarrerinnen und Pfarrer.

Während die Methode des Runden Tisches klassischerweise zur Klärung von Konflikten angewandt wird, dient sie in diesem Falle der Projektentwicklung und erfordert daher in gewisser Weise auch die Aktivierung des „kreativen Potenzials“ einer Gruppe. Unsere Erfahrung zeigt, dass hier keine lokale Gruppe wie die andere denkt, analysiert und handelt. Während in der einen Kommune die Ideen sprudeln und die Moderation diese bündeln und auf Realisierbarkeit prüfen muss, brauchen andere Gruppen stärkere Impulse und Anregungen „von außen“ und profitieren von der Präsentation guter Beispiele.

3. Kommunikation, Zusammengehörigkeit, Verantwortung

In den sechs Kommunen ähneln sich die Themen, die die Menschen beschäftigen: Vereine tun sich schwer, Nachwuchs oder Freiwillige für die Vorstandsarbeit zu finden. Innenstädte veröden, weil mehr und mehr Wohnungen und Geschäfte leer stehen; oft gerade die historischen Fachwerkhäuser. Senioren haben Schwierigkeiten, zum Einkaufen oder zum Arzt zu kommen, Jugendliche zum Konzert oder Kino,

weil immer weniger Busse fahren – gleichzeitig klagen Verkehrsunternehmen über sinkende Fahrgastzahlen.

In jedem Ort zeigen sich eigene Prioritäten. Während sich in einem Ort ein Bürgerbus-Projekt abzeichnet⁵⁸, wünschen sich andere einfach mehr Austausch untereinander und ein verbessertes „Wir-Gefühl“ in ihrer Stadt.⁵⁹ In fast allen Projektkommunen zeigt sich dabei eine Gemeinsamkeit, die mit der kommunalen Struktur zusammenhängt. Bei allen sechs Kommunen handelt es sich um Kleinstädte, zu denen in den 1970er Jahren die umliegenden Dörfer eingemeindet wurden und die seither eine kommunale Einheit bilden. Die Angliederung an eine „Kernstadt“ mag verwaltungstechnisch akzeptiert sein, drückt sich aber nur sehr selten auch im Zugehörigkeitsgefühl der Dorfbewohner aus. Eine emotionale (Heimat-)Bindung gibt es meist nur an dem Ort, in dem man lebt. Hinzu kommt, dass viele Bewohner der kleineren Dörfer meinen, die Probleme der Kernstädte hätten wenig bis nichts mit den ihren zu tun. Dieses Phänomen lässt sich verstärkt in den Orten beobachten, in denen ein anderes Mittelzentrum ebenso gut oder schlecht erreichbar ist wie das verwaltungsmäßig „eigene“. Oft wird beschrieben, dass Nachbarschaftshilfe auf den Dörfern noch gut funktioniere, bei den „Städtern“ gehe es dagegen anonym zu. Umgekehrt sei es für die Stadtbewohner weniger dramatisch, wenn Buslinien gestrichen werden, da es Versorgungseinrichtungen im Ort gibt – hier drückt sich ein gewisses Gefühl der Benachteiligung gegenüber den Bewohnern der Kernstadt aus. Auch 40 Jahre nach den hessischen Gebietsreformen hat sich kaum ein intensiveres stadt- und dorfübergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, stattdessen gibt es nach wie vor gewisse Mentalitätsunterschiede.⁶⁰ Diese Problematik und ihre Folgen sind gerade in Zeiten des demografischen Wandels nicht zu unterschätzen, denn gemeinsames Handeln und eine Artikulation gemeinsamer Interessen werden zukünftig für den gesamten ländlichen Raum an Bedeutung gewinnen.

58 Vgl. *Yüce*, Erste Bürgerbustour vor den Sommerferien: Pläne werden immer konkreter, HNA v. 9.3.2016, im Internet abrufbar unter <http://www.hna.de/lokales/fritzlar-homburg/homburg-efze-ort305309/erste-buergerbustour-sommerferien-plaene-werden-immer-konkreter-6195392.html> (10.3.2016).

59 Herbert Quandt-Stiftung, Miteinander mehr erreichen, im Internet abrufbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/termine/1_sontraer_vereinsforum (10.3.2016).

60 Für alle Auftaktveranstaltungen sowie Runden Tische liegen Protokolle vor. Sie können im Internet unter <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/bad-karlshafen/>; <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/homburg-efze/>; <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/schlitz/>; <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/sontra/>; <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/tann/>; <http://www.herbert-quandt-stiftung.de/waldeck/> eingesehen werden.

Auch die Wahrnehmung der eigenen Verantwortung als Einwohnerin oder Einwohner einer Stadt ist in den sechs Orten durchaus unterschiedlich. In einigen Kommunen gibt es eine starke Tendenz zur Verantwortungsabgabe – in diesen Fällen müsste die Stadt, das Land, die Politik Veränderungen in die Wege leiten und Verantwortung für gesellschaftliche Veränderungsprozesse übernehmen. In anderen Kommunen sind die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Stadt und der Politik enttäuscht und wollen die Dinge selbst in die Hand nehmen. In jedem Falle fällt es zunächst schwer, die frei nach *John F. Kennedy* formulierte Frage zu beantworten, was die Bürgerinnen und Bürger selbst für ihre Stadt tun können. Je intensiver sich die Gruppen jedoch mit dem Thema des demografischen Wandels und den Problemen in ihren Gemeinden auseinandersetzen, desto stärker wird die Notwendigkeit eines Zusammenspiels der öffentlichen Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern offenbar. Die bürgerschaftliche Erarbeitung eines konkreten Projektes für die eigene Stadt führt somit zu neuen Selbstwirksamkeits-Erfahrungen in schwierigen Veränderungsprozessen. Letztlich liegt es in der Hand der Bürgerschaft zu klären, wie ihre Kommune das Prädikat „lebenswert“ bewahren kann und welche Themen im Zusammenspiel von Bürgergesellschaft und öffentlicher Hand in Form deliberativer Demokratie aufgegriffen werden sollen. Erst wenn dieses Zusammenspiel gelingt, kann das Fundament des Staates, die Gemeinde, stabil genug sein, um den Überbau zu tragen.

VI. Zusammenfassung

Die Arbeit der Herbert Quandt-Stiftung hat gezeigt, dass Bürgerbeteiligung ein entscheidendes Mittel zur Gestaltung der Zukunft v. a. ländlicher Gemeinden sein kann. Oft beginnt durch den Anstoß „von außen“ eine Reflexion über die eigene Gemeinde und darüber, wie deren Zukunft aussehen könnte. Durch einen Beteiligungsprozess können neue Dynamiken entstehen: Menschen, die sich vorher nicht kannten, kommen miteinander ins Gespräch, Gemeinsamkeiten kommen zum Vorschein, bestehende Konflikte und Defizite werden erstmals öffentlich angesprochen. Dieser Prozess des „Erkennens“ ist die Grundlage dafür, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen gemeinsam artikulieren und beginnen können, über ihren möglichen Beitrag zur Co-Produktion von Wohlfahrt und zum sozialen Zusammenhalt vor Ort nachzudenken. Während das Individuum oder auch eine Gruppe von Gleichgesinnten schnell für sich erkennen kann, welchen Beitrag es

oder sie zum Zusammenleben leisten können und wollen, braucht eine heterogene Gruppe wie die Bewohner eines Dorfes oder einer Stadt mitunter eine Plattform zum Austausch und zum Nachdenken über Möglichkeiten zur Beteiligung. Im Rahmen einer solchen Plattform lassen sich Sorgen und Nöte, Visionen und Hoffnungen – vielleicht sogar erstmals – artikulieren. Erst in der Auseinandersetzung mit anderen kann für manchen Bürger deutlich werden: Eine solche Vision, einen solchen Veränderungsansatz können wir als Bürger beisteuern – und eine solche Lösung ist Aufgabe der partizipativen, bürgerschaftlichen Öffentlichkeit und nicht Aufgabe des Staates.

Stiftungen haben als zivilgesellschaftliche Akteure eine gute Chance, derartige Prozesse anzustoßen und Lücken zu füllen. Gleichwohl zeigt die Arbeit der Stiftung auch, welche Herausforderungen es auf dem Weg zum „deliberativen Ideal“ gibt. Beteiligung ist aufwendig, um sie muss immer wieder neu geworben werden, bestimmte Zielgruppen sind ohne die gezielte Ansprache nicht zu erreichen, einige auch dann nur über Fürsprecher. Während die Motivation zur Beteiligung im Idealbild von einer Lust am Konsens und dem Streben nach gemeinsam getragenen Lösungen bestimmt wird, überwiegen in der Realität das persönliche Interesse an einem Thema, die Fähigkeit zur Artikulation der eigenen Position und – natürlich auch – die eigene Nutzenmaximierung.

Nichtsdestotrotz ist eine Bürgerbeteiligung, wie die Herbert Quandt-Stiftung sie in Mecklenburg-Vorpommern und Hessen fördert, ein probates Mittel zur Stärkung des deliberativen Gedankens, da Ressourcen mobilisiert werden können, die auf anderen Wegen nicht zu Tage treten werden. Es ist jedoch kein schnelles Verfahren, sondern ein langfristiger Prozess, in dem Vertrauen wachsen muss. Dafür braucht es Zeit, Geduld, finanzielle und personelle Ressourcen, die Stiftungen zum Nutzen der Bürgergesellschaft aufbringen sollten. Stiftungen hätten als unabhängige Akteure der Bürgergesellschaft das Potenzial für ein längerfristiges Engagement als Bundes- und Landespolitik, deren Förderansätze in der Regel nur auf kurzfristige Modellprojekte ausgerichtet sind. Bisher folgen Stiftungen leider ähnlichen Logiken. Innovative, nachhaltige und wirkungsorientierte Stiftungsarbeit sollte jedoch andere Akzente setzen und einen „langen Atem“ beweisen. Nur so lassen sich Bürgerinnen und Bürger befähigen und motivieren, ihre Wünsche und Bedürfnisse auch gegenüber der Politik zu artikulieren und gemeinsam mit dieser die Stadt- oder Dorfgesellschaft zu verändern. Im Grunde ist die Methode der Bürgerbeteiligung ganz einfach: Es ist nichts anderes als zunächst das Miteinander-Reden, aus dem dann das Miteinander-Gehen folgt.

Dr. Roland Löffler ist Leiter des Themenfeldes „Bürger und Gesellschaft“ der Herbert Quandt-Stiftung.

Madeleine Buchmann ist Referentin im Themenfeld „Bürger und Gesellschaft“ der Herbert Quandt-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft in Potsdam und Münster.

Johanna Zielske ist Referentin im Themenfeld „Bürger und Gesellschaft“ der Herbert Quandt-Stiftung. Sie studierte Erziehungs- und Bildungswissenschaft in Hamburg.